

Nr. 16/86

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Konzeption der Kulturpolitik 2003 bis 2007
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. September 2003
(Drucksache 16/35)

Nr. 16/87

Fragestunde

1. Neuregelung der Krankenhilfe
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Jens Böhrnsen und Fraktion
der SPD vom 23. September 2003

2. Bereitschaftsdienst von Ärzten/Ärztinnen in Krankenhäusern
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Winfried Brumma, Jens Böhrnsen
und Fraktion der SPD vom 23. September 2003

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

3. Anbindung des Regionalflughafens Bremerhaven an das Landesbreitband-
netz
Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Jörg Jäger, Jörg Kastendiek und
Fraktion der CDU vom 24. September 2003

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

4. Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Jens Böhrnsen und Frak-
tion der SPD vom 24. September 2003

5. Auflösung der Bundeswehrstandortverwaltung Cuxhaven
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Helmut Pflugradt, Jörg Kastendiek
und Fraktion der CDU vom 25. September 2003

6. Anteil von Ausländern in bremischen Justizvollzugsanstalten
Anfrage der Abgeordneten Rolf Herderhorst, Jörg Kastendiek und Fraktion
der CDU vom 26. September 2003

7. Eine qualifizierte Berufsausbildung für jede/n Ausbildungssuchende/n
Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Karoline Linnert und Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen vom 30. September 2003

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 16/88

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Klaus Möhle, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Kein VEB Musical am Richtweg“.

Nr. 16/89

Umstände einer „angekündigten“ Tötung und Verhalten zuständiger Stellen bei Gefährdungssituationen durch psychisch Kranke

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. August 2003
(Drucksache 16/27)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. September 2003

(Drucksache 16/48)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/90

Siebter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 9. September 2003
(Drucksache 16/33)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den siebten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 16/91

Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2003
(Drucksache 16/15)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/92

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung und anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2003
(Drucksache 16/16)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/93

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 3 vom 18. September 2003

(Drucksache 16/36)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/94

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4 vom 30. September 2003

(Drucksache 16/45)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/95

Gewalt an Schulen – Prävention und Intervention gezielt verstärken

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 7. Oktober 2003

(Neufassung der Drs. 16/37 vom 23.09.03)

(Drucksache 16/53)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- die vorhandenen Regelungen, Abläufe und Hilfen zur Gewaltprävention und Intervention zu überprüfen und Empfehlungen für Verbesserungen zu erarbeiten. In diesen Prozess sollen Lehrkräfte, Eltern und Schüler/-innen eingebunden werden. Über die Ergebnisse soll der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. März 2004 berichtet werden;
- Präventionsangebote in Kindergärten und Grundschulen gezielt zu verstärken, die auch die Eltern mit einbeziehen;
- sicherzustellen, dass Gewaltprävention und -intervention im Bereich der Aus- und Fortbildung von Erzieher/-innen und Lehrkräften verbindlich verankert werden können.

Nr. 16/96

Zustimmung zum Konventsentwurf zur europäischen Verfassung durch die Regierungskonferenz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Oktober 2003

(Neufassung der Drs. 16/26 vom 27.08.03)

(Drucksache 16/49)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/97

Europäischer Verfassungsvertrag – Positionen der Bremischen Bürgerschaft zur Fortentwicklung des europäischen Vertragswerkes für eine föderale und subsidiäre Europäische Union

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 7. Oktober 2003

(Drucksache 16/52)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP), den Punkt 2 des Antrags mit der Drucksachen-Nummer 16/49 als Punkt 11 dieses Antrags zu übernehmen, ab.

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Vorschlag für einen europäischen Verfassungsvertrag durch den Europäischen Verfassungskonvent. Dieser Entwurf stellt einen wichtigen Fortschritt bei der europäischen Integration und der Wahrnehmung berechtigter Interessen – insbesondere der Länder und Gemeinden – dar.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt ausdrücklich, dass es erstmals gelungen ist, eine klare Kompetenzordnung über die Zuständigkeiten der Europäischen Union darzustellen. Diese Regelungen können nach Auffassung der Bürgerschaft (Landtag) zu mehr Transparenz und Klarheit beitragen und damit auch zu mehr Bürgernähe.
3. Besonders würdigt die Bremische Bürgerschaft (Landtag) die im Entwurf eingeräumten Kontrollrechte durch die nationalen Parlamente und das vorgesehene Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet in diesem Zusammenhang insbesondere eine weitere Einbeziehung der Landesparlamente in diesen europäischen Beratungs- und Integrationsprozess.
4. Mit der Aufnahme der Grundrechte-Charta werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union aus Sicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) weiter entscheidend gestärkt.
5. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt ferner, dass durch ein ausdrückliches Harmonisierungsverbot nationale und regionale Besonderheiten wie z. B. im Kultur- und Bildungsbereich weiter bestehen bleiben und so die Vielfalt in der Europäischen Union gewahrt bleibt.
6. Positiv würdigt die Bremische Bürgerschaft (Landtag), dass durch die Einführung der doppelten Mehrheit die Bevölkerungsverhältnisse in der Europäischen Union in den Entscheidungsprozessen besser abgebildet werden und die Entscheidungsfähigkeit des Europäischen Rates verbessert werden kann.
7. Im Sinne einer Vereinfachung und Übersichtlichkeit wäre eine Kompetenzrückführung in nicht originär europarechtlichen Aufgabenfeldern und klarere Formulierungen wünschenswert gewesen.
8. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ist dennoch der Meinung, dass der Entwurf insgesamt ein ausgewogenes Kompromisspaket darstellt. Die Einbringung unberücksichtigt gebliebener, gewichtiger Interessen der Länder sollte daher nur dann erfolgen, wenn im Verlauf der Regierungskonferenz von anderer Seite eine Verhandlungssituation entsteht, die dies angemessen und Erfolg versprechend erscheinen lässt.
9. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, diesen Standpunkt bei den Beratungen und Beschlussfassungen der Länder untereinander und mit dem Bund zu vertreten und so darauf hinzuwirken, dass die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam diese Linie auf der Regierungskonferenz vertreten.
10. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass der Senat sich auf Bundesebene und seinerseits auf Länderebene für eine umfassende Informationskampagne über den Inhalt des Europäischen Verfassungsvertrages einsetzen wird, um die Bürgerinnen und Bürger über diesen so wichtigen Fortschritt bei der europäischen Integration zu informieren.

Nr. 16/98

Finanzierung von betriebsnahen Kindertagesstätten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. September 2003
(Drucksache 16/38)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration mit der Maßgabe, bis Januar 2004 einen Bericht vorzulegen.

Nr. 16/99

Erhalt von gentechnikfreiem Saatgut

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. September 2003
(Drucksache 16/39)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 16/100

Gesetz zur Übertragung von Aufgaben im Rahmen von Unterbringungen nach § 126 a der Strafprozessordnung und zur Änderung anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 23. September 2003
(Drucksache 16/41)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/101

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für den Fischereihafen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sybill e B ö s c h e n

anstelle des Deputierten Denis Pijetlovic zum Mitglied der staatlichen Deputation für den Fischereihafen.

Nr. 16/102

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Deputierten

Denis P i j e t l o v i c

anstelle der Abgeordneten Sybille Böschén zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 16/103

Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Oktober 2003
(Drucksache 16/50)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat auf Bundesebene bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für folgende inhaltliche Regelungen einzutreten:

- Die Absenkung der Vergütung im Windbereich muss so bemessen werden, dass auch in den nächsten Jahren noch ein Zubau von neuen Onshore-Anlagen an windgünstigen und wirtschaftlichen Standorten ermöglicht wird.
- Für Windkraftanlagen mit überdurchschnittlich guten Windverhältnissen, sprich Offshore-Anlagen, gilt es, die Rahmenbedingungen zu verbessern.
- Die Erhöhung der Vergütungssätze für Solarstrom auf Gebäuden muss ausreichend sein, um den Wegfall des 100.000-Dächer-Kreditförderprogramms zu kompensieren.

- Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von 5 bis 150 MW sollten in den Vergütungsmechanismen des EEG einbezogen werden unter der Voraussetzung, dass eine Erneuerung und Modernisierung zu einer Kapazitätserweiterung führt oder dass ein Neubau an einer bereits bestehenden Wehr- oder Staustufe errichtet wird.
- Damit auch kleinere Anlagen zur Nutzung von Biomasse wirtschaftlich errichtet werden können, muss die Vergütung im unteren Leistungsbereich erhöht und stärker differenziert werden. Außerdem ist der Einsatz innovativer Verfahren mit höherer Effizienz zu belohnen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass er sich für einen zügigen Abschluss des Novellierungsverfahrens einsetzt.

Nr. 16/104

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes (Abschaffung des Übergangsgeldes für Abgeordnete)

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 25. September 2003
(Drucksache 16/42)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 16/105

Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes (BremAbgG) vom 2. Oktober 2003

(Drucksache 16/51)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes Kenntnis.